

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Lieferung 1.60 Mark, vierteljährlich
4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark
ausgeschlossen, Zustellungsgebühren, Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
außenbüchlichen Verzeichnisse unter
Sonder-Bezeichnung unter
einzeligen eingegangenen Nummern
sind keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.
Zentrum der Geschäftsleitung Nr. 1149,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
postfach-Konto Leipzig Nr. 4604.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. 4. Tagest. 30 mm Br. Kolonnen-
zeile oder deren Raum mit 40 Pf.
berechnet. In anderen Annahmestellen
a. allen Anzeigenhöfen
angenommen. Reklamen die 25 mm
breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-
Annahmestellen verra. 11 Uhr,
für die Sonntags- Nr. abends
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erstaus-
gabe 1841, 2. mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Neue Promenade 1a, Gr. Braun-
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.:
Mühl. 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 459.

Halle, Dienstag, den 1. Oktober.

1918.

Waffenstillstand in Mazedonien.

Herr von Payer als Kanzlerkandidat. — Weitere englisch-französisch-amerikanische Angriffe im Westen abgewiesen.

WTB. Berlin, 30. September. (Drahtnachricht.) Der französische Junkspruch unter dem 29. September besagt: Heute Nacht ist ein Waffenstillstand zwischen den bulgarischen Abgesandten und dem Hauptquartier der Orientarmee in Saloniki unterzeichnet worden. Es ist auf der ganzen Front der Befehl gegeben worden, die Feindseligkeiten einzustellen.

Bemerkung des WTB.: Nach den hier vorliegenden Nachrichten sind die Bedingungen des Waffenstillstandes der Regierung in Sofia noch nicht bekannt.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 30. September, abends. (Amtlich.) In Glanden im allgemeinen ruhiger Tag. Erneute Massenangriffe der Engländer gegen und beiderseits Cambrai sind unter schwersten Verlusten für den Feind gescheitert. Westlich von Calais haben sich am Abend Kämpfe entwickelt.
In der Champagne wurden Teilangriffe der Franzosen östlich der Argonne stark abgewiesen; der Amerikaner abgewiesen.

Wiener Bericht.

WTB. Wien, 30. September. (Amtlich wird verlautbart.) Auf dem italienischen Kriegshauptplan erfolgrächtige Patrouillen-Unternehmungen.
Unmittelbar westlich des Dnieprflusses haben wir der Lage an der bulgarischen Front Planung getragen und nach östlichem Kampf einen Feldrückzug eingeplant.
Der Chef des Generalstabes.

Konferenz beim Grafen Ködern.

Berlin, 30. September. (Eigene Drahtnachricht.) Zusammenkunft von Parlamentarier bei dem Sozialminister des Reiches Grafen Ködern am 30. September. Graf Ködern wird schon heute aus dem Großen Hauptquartier nach Berlin zurückkehren.

Payer als Reichskanzler?

Berlin, 30. September. (Eigene Drahtnachricht.) In politischen Kreisen schließt man sich dem Vortreten des Reichskanzlers von Payer bei der Verlesung des kaiserlichen Erlasses, das Herr von Payer als Nachfolger des Grafen Hertling in Frage kommen dürfte.

Der Verlauf der denkwürdigen Sitzung.

Angabe der Kanzlerkandidatur von Payer.
Wie wird das erste parlamentarische Kabinett zusammengeleitet sein?

Berlin, 30. September. (Eigene Drahtnachricht.) Zu der für 2 Uhr nachmittags anberaumten Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages waren gleich nach Bekanntwerden des Ministeriums des Grafen Hertling zahlreiche Abgeordnete erschienen. Wenige Minuten vor 2 Uhr begannen sich die Abgeordneten in den Sitzungssaal. Gleich im Beginn der Sitzung erglänzte Minister von Payer das Wort, um über den fastjährligen erfolglosen Minister des Reiches und des Sozialministers des Reiches die Angelegenheiten zu machen. Sein Hinweis auf den Erfolg des Reiches wurde schon deshalb besonders sympathisch von einem großen Teil der Anwesenden aufgenommen, weil daraus zu erhellen war, daß der Kaiser die Initiative und die Geschäftsführung der Angelegenheiten keineswegs aus den Händen werden lassen will und den Herren Willen zeigt, sich keine wie immer geartete Initiative aufzuerlegen zu lassen. Die Ausführungen des Herrn von Payer waren in ihrer Form und in ihrem Inhalt so geartet, daß man augenblicklich dem Eindruck gewinnen konnte, Herr von Payer sei selbst zum Nachfolger des fallenden Grafen Hertling auserkoren. Die dem Reichsenten des Reichstages sehr reichhaltig angebotene Kandidatur ist von Payer abgelehnt worden. Nachdem die Sitzung um 15 Minuten auseinander gegangen war, verließen die Abgeordneten von Payer. Staatsminister von Payer, sowie einige andere Mitglieder der Sitzung den Saal. Die Sitzung dauerte darauf noch weitere eine Stunde gegen 3 Uhr ihr Ende.

Die Frage, ob das neue Kabinett vollständig aus Parlamentarier gebildet und zusammengeleitet werden sollte, kann heute noch nicht gestellt werden. Es gehen die Meinungen der Abgeordneten auseinander. Die sämtliche Staatssekretäre und Minister des Reiches aus den Reihen der Abgeordneten genannt werden oder ob ein Teil der Staatssekretäre weiter im Amte als Reichsminister verbleiben sollten. Ist ebenfalls noch unge-

klärt. Auch wird daran gedacht, wie in anderen Ländern, auch für das Deutsche Reich Minister ohne Parteizugehörigkeit zu ernennen. Ob die Nationalliberalen sich bereit finden lassen werden, in das neu zu bildende Kabinett einzutreten, wird von dem Programm abhängen, das der neue Reichskanzler ausarbeiten und vorlegen wird. Vorläufig hat die nationalliberale Reichstagsfraktion noch keine definitive Beschlüsse in dieser Richtung gefaßt. In der für heute abend anberaumten Konferenz der Nationalliberalen wird jedenfalls zu der neu beschaffenen Lage Stellung genommen werden.

Die Bedeutung des kaiserlichen Erlasses.

Berlin, 30. September. (Eigene Drahtnachricht.) Der kaiserliche Erlass, der dem Reichstag erlassen ist, dürfte auf den Nachhaken des Grafen Hertling eingeht sein. Dieser soll auch nach dem Sinne des Erlasses bei der numerischen parlamentarischen als Mittelmann zwischen der Krone und den Parteien bis zur Durchführung seiner Aufgabe fungieren. So sehr man, von den rechten Parteien abgesehen, die so wichtige Verfassungsreform begrüßt, so ist die Genugtuung darüber mit dem Bedauern gemischt, daß der alte Herr nicht schon längst erfolgt. Manche Kräfte und Schwierigkeiten werden vermieden worden sein. Da der Erlass ausdrücklich einer Regierungsteilnahme im weitesten Umfange freistellt, so kann darunter sowohl der Eintritt der sozialdemokratischen Vertreter in die Regierung wie auch die Aufstellung eines Kabinetts aus den Reihen der Reichstagsmitglieder werden. Die Anführer in parlamentarischen Kreisen neigen dazu, daß Herr von Payer der geeignete Mann wäre, um Nachfolger des Grafen Hertling zu werden.

Die letzte Entwicklung.

Berlin, 30. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Von unterrichteter Stelle wird zu der letzten inoffiziellen Einmündung nach mitgeteilt: Sowohl von der Sozialdemokratie wie von den Nationalliberalen war die Fortsetzung nach Aufhebung des Art. 13 der Verfassung in Frage gestellt worden. Die Fortschrittler beugen den gleichen Wunsch, und als das Zentrum, das sich bisher für die Beibehaltung des Art. 13 einsetzt, hat, zu erkennen gab, daß es sich von der Mehrheit nicht zu lösen gedenke, auch wenn der belagerte Herr von Hertling die Initiative der Reichstagspartei zu der Überzeugung, daß es dem Grafen Hertling nicht ausreicht, sich an dem geplanten Schritt mitzurufen. Das gleiche galt von der ebenfalls geforderten Neuverteilung der staatsrechtlichen Stellung Graf Hertlings. Alles wären die beiden Gründe, aus denen heraus man den Minister des Reiches Hertling für unannehmlich notwendig hielt. Dennoch am 28. Uhr nachmittags war der Wunsch der Reichstagspartei zusammengetreten und in dem Stimmprotokoll war die Abstimmung einer Demission des Grafen Hertling klar zum Ausdruck gekommen. Um 10 Uhr sollte der Reichskanzler die Rede im Großen Hauptquartier ansetzen. Doch es war nicht geschehen. Der Reichstagspräsident Freiherr von Hertling und der vertratene Freund des Grafen Hertling, der Zentrumsliberaler Gröber, wurden von der Mehrheit beauftragt, beim Kaiser vorzutreten. Sie bereiteten ihn auf den Entschluß der Mehrheit vor und es wurde bekannt dem Grafen Hertling die Situation lautlich übergeben und am nächsten Sonntag sein Ministeramt niederzulegen. Der Wunsch der Reichstagspartei ist heute zum Ausdruck gekommen, man ein gewisses Programm ausarbeiten. Man gibt sich in den Kreisen der Reichstagspartei der Hoffnung hin, daß innerhalb der Reihe einer solchen Sitzung entgegensteht.

Die Eroberungspläne der Entente.

WTB. Berlin, 30. September. (Drahtnachricht.) Der inoffizielle Bericht und Abgerundete des Grafen, Graf Hertling, hat ein Telegramm an die Kriegsleiterenden und Neuverteilung der Reichstagspartei. In dem er darauf hinweist, daß einseitige Bestimmungen die britische Regierung auf die Autonomie vorzubereiten. Daraus ist zu erhellen, daß es sich um die Verteilung des Landes in zwei Zonen. Politisch unter englischer und Spanier unter französischer Oberhoheit handelt, daß alle dieser Krieg für die Entente ein Eroberungsplan ist. Graf Hertling hat angedeutet im Namen der Reichstagspartei im gemeinsamen Parlament gegen dieses Verbot der Entente. Er wendet sich insbesondere auch an alle liberalen Kreise Frankreichs und Englands mit der Bitte, daß sie ihre gewöhnliche Einmündung in Spanien nach Friedensschluß für unannehmlich erklären und die Fortsetzung der Zukunft des Landes der Mehrheit der Reichstagspartei überlassen wird.
(12te Depeschen Hebe und Seite 4.)

Die entscheidende Krisis.

Kaiser Wilhelm für eine wirksame Beteiligung des Volkes an der Regierung.

Georg Graf v. Hertling, der am 31. August 1843 in Darmstadt als Sohn des hessischen Kammerherrn und Hofgerichtsrats Friedrich Jakob von Hertling geboren wurde, Reichskanzler des Deutschen Reiches. Er hat die Aufgabe der Reichsregierung übernommen, ohne in dieser Zeit besondere Gelegenheiten zu können, andererseits aber doch so, daß er auch jetzt noch seinen persönlichen Feld hinterließ. Schon am Sonntag verlaute, daß seine Reise ins Große Hauptquartier nicht nur dem Zwecke dienen sollte, den Monarchen und die Oberste Seeresleitung über die politische Lage aufzuklären, sondern daß diese Unterredungen die mit einem Abschiedsgelände des 75jährigen hohen Mannes letzten Abschied finden würden. Das Abschiedsgelände ist in der Tat eingeleitet worden. Inzwischen ist bereits der Wortlaut des kaiserlichen Handbuchs bekannt geworden, mit dem der Kaisertritt Hertlings angenommen wird. Der kaiserliche Erlass, dem weitestgehende Bedeutung zukommt, gewinnt erhöhte Bedeutung nach dadurch, daß er den Wunsch des Kaisers zum Ausdruck bringt, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschichte des Vaterlandes mitarbeitete. Er besagt weiter: „Es ist daher mein Wille, daß Männer, die dem Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmend an den Rechten und Pflichten der Regierung.“ Mit diesem Erlass schließt ein Kapitel, mehr als das, ein Buch deutscher Geschichte ab; ein neues Buch beginnt, in dem es bisher nur unbeschränkte Wälder gibt. Wir erwarten Großes von dieser neuen Zeit, die mit dem 30. Sept. 1918 für die innere und äußere Geschichte des Deutschen Reiches beginnt. Wir erhoffen die Bildung eines freien Deutschlands im Innern und die Erhaltung eines starken Deutschlands nach außen.

Für die Hilfe der zu lösenden Probleme konnte Graf Hertling nicht mehr in Frage kommen. Er empfand auch in der Stunde der waterdänischen, als er den Kaiser um seine Entlassung bat und ihn gleichzeitig die Heranziehung von Volksoberleitern zur Regierung empfahl. Er wußte, daß er in diese neue Zeit nicht mehr hineinkam, daß er der Vertreter einer anderen Zeit war, die schon lange hinter uns liegt, was durch den kaiserlichen Erlass gemißtrauigen amtliche Beteiligung gefunden hat. Man würde sich immer noch gegen diese Erkenntnis, die nicht mehr zu vermeiden war. In dem letzten Augenblick ließen sich die Augen nicht mehr dagegen verschließen, daß neue Zeiten neue Männer erfordern. Das Leben des Reiches, das immer wieder Männer und Arbeit. Seine ganze Laufbahn, seine großen Verdienste in allen seinen Stellungen, die Lauterkeit seiner Gesinnung, die reinen Motive seines waterdänischen Strebens und Wirkens — alles das war die Ursache, daß man ihn parlamentarisch nicht so anfallen konnte, wie das gegenüber einer anderen Persönlichkeit wohl gesehen wäre, obwohl er wie eine Säule einer vergangenen Zeit in eine ganz neue Zeitperiode mit neuen Zielen und neuen Aufgaben hineintraue. Im eine solche Anlaufstärkung und einen solchen Grad von Regierbarkeit anzubringen und sich ganz den Anforderungen des fünften Kriegsjahres mit seinen in der Entwicklung begriffenen Umwälzungen anzupassen, dazu war Graf Hertling zu alt. Es sollte ihm heute die geistige Größe, was dem Reich das zu sein, was es gebraucht. Aber nicht nur hinsichtlich der Arbeit, auch in Bezug auf seine politische Vergangenheit und Zukunft konnte er nicht mehr der Mann sein, der mit Erfolg das Reich steuert. Wenige Daten aus seinem Leben sprechen deutlicher als viele Worte. Als Privatbesitzer in Bonn begann er im Jahre 1867 seine öffentliche Tätigkeit. Schon 1875 tritt er zum ersten Male in den Reichstag ein, dem er bis zum Jahre 1890 angehörte. Das

Jahre 1876 brachte die Gründung der Görres-Gesellschaft unter seiner Leitung. 1882 haben wir ihn als ordentlichen Professor. Inzwischen nach München übergesiedelt, wird er im Jahre 1891 lebenslängliches Mitglied des bayerischen Reichstages. 1896 trat er erneut in den Reichstag ein, den er dann bis zu seiner am 10. Februar 1912 erfolgten Ernennung zum bayerischen Ministerpräsidenten angehörte. Seine politische Grundanschauung war eine konföderative. In einer Rede in den Julitagen 1909 trat er warm für ein Zusammengehen des Zentrums mit den Konföderationen ein, und drückte dabei offen die Hoffnung aus, daß wenn die große liberale Partei gegründet werde, dann auch die große konföderative Partei kommen müsse. Im Dezember des gleichen Jahres sprach er sich öffentlich dahin aus: Wenn die Entwicklung nach links wirklich weitergehen sollte, dann müßte dieser Entwicklung eine Konsolidierung nach rechts folgen. Seine konföderativen Anschauungen hatten ihn wiederholt in Gegensatz zu dem mehr demokratischen Flügel des bayerischen Zentrums gebracht, dessen Führer der Abg. Dr. Heim war. Als Vertreter des Zentrums als der mächtigsten Partei Bayerns war er zur Ministerpräsidentenwahl in Bayern berufen worden, was ihn, gemäß seinen Anschauungen, nicht von der Erklärung abhielt, daß von einem parlamentarischen Regime in Bayern keine Rede sein könne. Und nun kam dieser von Grund aus konföderativ gerichtete Mann zum Amte des Reichstanzlers in einer Zeit, wo es weniger auf die Führung nach rechts, als auf die nach links ankam. Er mußte mit der links gerichteten Mehrheit des Reichstages regieren, und er erkannte das von dieser Mehrheit im November v. J. aufgestellte Programm an. Festlich bewies damit gewiß, daß er aus der Zeit zu lernen gewußt hatte. Anerkennungswert war, daß er bei seiner politischen Vergangenheit immer wieder erklärte, mit dem gleichen Wah-



Reichskanzler Graf Hertling

recht zu stehen und zu fallen. Sein großes Talent und seine parlamentarische Geschicklichkeit brauchten es fertig, daß die vorjährige Novemberkrise überdriß wurde. Das wird für immer ein großes Verdienst bleiben.

Was aber ist die vorjährige Herbstkrise gegen den Zustand, in dem sich jetzt das Reich befindet? Unendlich verwirrt nach innen und außen ist die Lage und unendlich größer sind die Ansprüche, welche heute an die Arbeiterschaft gestellt werden müssen, die jetzt von der Berliner Wilhelmstraße aus die Fäden entwirren und dem Volke ein wirklicher Führer sein soll. Es handelt sich letzten Endes um gar keine Kanzlerkrise! Wer das glaubt, unterschätzt die Bedeutung der Stunde. Als Bethmann Hollweg sich nach Hofenfinow zurückzog und das Zwischenspiel Michaelis beendet war, da konnte man von einer Kanzlerkrise reden. Heute handelt es sich in Wirklichkeit um viel mehr! Wir befinden uns mitten in der Krisenstunde eines ganzen Systems! Das wird auch in dem kaiserlichen Handbuche anerkannt. Es wird darin anerkannt, daß es mit einem Regieren in den bisher üblichen Gleisen nicht mehr getan ist. Dieses System aus veralteter Zeit muß von Grund aus geändert werden, wenn wir aus der schweren Krise heraustrimmen wollen, in der sich Deutschland befindet. Es gibt fernhin kein Zurück mehr zu einer Regierung, die nicht weiß von den Wünschen des Volkes. Bethmann Hollweg trat von der politischen Bühne ab mit der kaiserlichen Verkündung des Grundgesetzes, daß es keine Staatsbürger erster, zweiter oder dritter Klasse mehr geben dürfe, sondern nur noch gleichberechtigte. Graf Hertling sieht sich mit dem kaiserlichen Erlaß juristisch, daß eine Regierung vom Vertrauen des Volkes getragen sein muß. Wie schnell schreitet in ersten Kriegsjahren die Entwicklung vorwärts.

Wer der neue Mann sein wird? Ob sein Name schon zu den zahlreichen Kandidaten gehört, die in den letzten Tagen als voraussetzliche Nachfolger Hertlings genannt wurden? Die Antwort darauf werden schon die nächsten Tage bringen. Deutschlands Schicksalsstunde gestattet keinen weiteren Aufschub der Entscheidung. Die Dinge werden und müssen schnell ihren Lauf nehmen. Wie immer aber auch der neue Mann heißen mag, auf eines kommt es jetzt in erster Linie an: Er muß die Fähigkeiten zur Ausführung aller, auch der letzten Volkswirtschaftlichen Befehle, um den Kampf um unser Leben und um den Bestand des Deutschen Reiches zu führen. In großen Zeiten der Not fand Deutschland immer noch die rechten Männer! Möge uns die Fortsetzung auch jetzt den großen Mann liefern, der einen höheren nationalen Damm aufzurichten vermag, an dem die gewaltigsten Stürme unserer Gegner zerfallen.

Carl Helms.

Graf Hertlings Rücktritt.

Ein weltgeschichtlicher Erlaß des Kaisers. WTB Berlin, 30. September. Se. Majestät der Kaiser hat an den Reichstanzler Grafen von Hertling den folgenden Erlaß gerichtet: „Eure Excellenzen haben mir vorgelesen, daß Sie sich nicht mehr in der Lage glauben, an der Spitze der Regierung zu verbleiben. Ich will mich Ihren Gedanken

Der Kaiser-Erlaß im Hauptauschuß.

Dankesworte des Vizekanzlers von Payer für den Erlaß des Kaisers. — Die Unabhängigen für Einberufung des Plenums des Reichstages. — Vertagung des Hauptauschusses.

WTB. Berlin, 30. September. Der Hauptauschuß des Reichstages trat heute nachmittag vollständig wieder zu einer Sitzung zusammen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Präsident des Reichstages seinen nach Stellung zu einer heutigen Meldung des „Berl. Tagbl.“ dahingehend, er hätte vor der Abreise des Reichstanzlers diesem im Auftrage der Mehrheitsparteien Unterfertigung mitgeteilt. Diese Meldung beruht meine Stellung als Präsident. Ich fungiere nicht als Vertreter der Mehrheitsparteien, sondern als solcher des Reichstages und habe an den Vorforderungen der Mehrheitsparteien nicht beteiligt. Entsprechend einer Einladung des Reichstanzlers habe ich diesen vor seiner Abreise befehlet. Das zur Klarstellung.

Hierauf nahm der Stellvertreter des Reichstanzlers von Payer das Wort und erklärte:

Ich habe hiermit Kenntnis zu geben von einem kaiserlichen Erlaß an den Herrn Reichstanzler. Für diesen Erlaß, durch den Se. Majestät der Kaiser dem ersten Willen Ausdruck gibt, daß dem Wunsch des nun schon seit Jahren loyaltät leistenden und ertragenden deutschen Volkes nach einer verstärkten Mitwirkung bei der Leitung der Geschäfte des deutschen Reiches weitgehend Rechnung getragen werde, gebührt ihm unser aufrichtiger Dank.

Im Auftrage des Herrn Reichstanzlers werden wir heute noch in Beratungen mit den Führern der einzelnen Parteien

über den besten Weg, um zu diesem Ziele zu gelangen, eintreten und haben die sichere Hoffnung, daß es uns ge-

lingen wird, in kürzester Frist diese für die Zukunft unseres Vaterlandes höchst bedeutsame Entwicklung zu einer unterer Einigkeit und kraftstärkenden Lösung zu bringen. (Die Vertagung des kaiserlichen Erlasses wurde mit Bravorufen aufgenommen.)

Der Vorsitzende des Ausschusses, der Abg. Gertz (Soz.) schlug nun vor, sich nach diesen Mitteilungen zu vertagen, da es nicht zweckmäßig erscheine, jetzt die Beratungen über antiergebundene Fragen weiter zu führen. Die Abg. Leitzner und Cohn-Warthe von der unabhängigen Sozialdemokratie widersprachen, da ein Grund, sich jetzt zu vertagen, nicht vorliege. Nicht ein unbedingtes Kollektivum von Männern solle über die Bildung der neuen Regierung beschluß fassen, sondern die Vollerfassung des Reichstages.

Präsident Fehrenbach verwies diese Redner auf die vorangegangenen persönlichen Unterredungen, in denen er sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß der Reichstag nach Begehren mit der Regierung und auf Wunsch der Mehrheitsparteien berufen werden sollte, jedenfalls aber dann, wenn die gegenwärtige Regierungskrise ihren Abschluß gefunden haben werde. Jetzt den Reichstag zu berufen, halte er nicht für zweckmäßig. Der Ausschluß solle nicht ausinandergehen, dagegen jetzt die angehängten Fragen nicht weiter führen, sondern auf einen späteren Zeitpunkt vertagen.

Dieser Vorschlag fand allgemeine Zustimmung.

Da die Unabhängigen Sozialdemokraten glauben, sich hiermit nicht beruhigen zu können, machte der Vorsitzende der Debatte unter Hinweis auf die Geschäftsordnung schließlich dadurch ein Ende, daß er diesen Abgeordneten nicht mehr das Wort erteilte.

Die Sitzung wurde hierauf auf unbestimmte Zeit vertagt.

nicht verschließen und muß mit schwerem Herzen Ihre weiteren Mitarbeit ersuchen. Der Dank des Vaterlandes für das von Ihnen durch Übernahme des Reichstanzleramtes in trauriger Zeit geleistete Opfer und die von Ihnen geleisteten Dienste bleiben Ihnen sicher. Ich wünsche, daß der Herr Reichstanzler als bisher auch an der Bestimmung der Geschäfte des Vaterlandes mitarbeitete. Es ist daher mein Wunsch, daß Männer, die von Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilzunehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung. Ich bitte Sie, Ihr Wort damit abzugeben, daß Sie die Geschäfte weiterführen und die von mir gewünschten Maßnahmen in die Wege leiten, bis ich den Nachfolger für Sie gefunden habe. Ihren Vorschlägen dafür sehe ich entgegen.“

Großes Hauptquartier, den 30. September 1918. (623) Wilhelm I. R. (gegenges.) Dr. Graf von Hertling.

Bulgariens Parlamentäre in Saloniki.

WTB Paris, 29. September. János, die bulgarischen Parlamentäre Finanzminister Plaphisch, General Putov, Kommandant der 2. Armee und der ehemalige Minister Radov sind gestern abend in Saloniki angekommen, um über die Waffenstillstandsbedingungen zu verhandeln. General Frankeš Wesperey empfing sie heute, Sonntag.

Die allgemeine Entente-Antwort an Bulgarien.

WTB London, 29. Sept. Wie weiter erklärt, wird die formale Antwort an Bulgarien nun nach Beratung mit den Ministern ergehen werden. Die bulgarische Regierung wurde von den allgemeinen Grundlinien der Politik in Kenntnis gesetzt.

König Ferdinands Versicherungen.

Dresden, 30. September. (Privattelegramm.) Wie das „S. T.“ aus gut unterrichteter Quelle erfährt, hat König Ferdinand von Bulgarien noch bei dem Wunsche des Königs von Sachsen sein unbedingtes Festhalten an dem Bündnis mit den Mittelmächten bestätigt.

Der unbefetzte Befandtenposten Bulgariens in Stockholm.

Stockholm, 30. September. (Privattelegramm.) In Stockholms politischer Kreise wird angenommen, daß die bisher nicht erfolgte Wiedereröffnung des bulgarischen Gesandtschaftspostens in Stockholm mit den politischen Verhandlungen in Sofia zusammenhängt. Der kaiserliche Gesandte wurde nach Bern verlegt. Die bulgarische Botschaft in Stockholm ist schon seit einigen Tagen ohne Mitteilung ihrer Regierung. Von den Vorfällen der letzten Tage erfährt sie erst durch die Mitteilungen in der Presse.

Wie man in Paris unterrichtet war.

Geni, 30. September. (Privattelegramm.) Vor Monaten, als der König von Bulgarien plötzlich in Aachen anfuhr, konnte man in französischen Zeitungen ganz offen lesen, daß das Erholungsgebiet des Königs eine politische Kränkung sein würde. Ein Teil der Pariser Presse veröffentlichte, daß in Sofia keine Revolution drohe und der Zar zusammen mit seinem Sohne Boris abhandeln werde, um die Dringlichkeit zu sichern und gleichzeitig einen Umsturz in der Politik Bulgariens zu ermöglichen. Anders freilich: Zeitungen erklärten in der Welt König Ferdinands nach Deutschland und Österreich-Ungarn einen selbständigen Versuch des Zaren, eine Welt-Konferenz vorzubereiten für eine bevorstehende Abwendung des Rufes seines Landes. Einige Zeitungen haben damals die Diplomatie der Entente ermahnt, auf der Fall zu sein und auf ein Friedensangebot einzugehen, das nicht unbedingt ablehnen sei. In Paris war man also seit mehreren

Wochen auf den bulgarischen Schritt vorbereitet und gibt offen zu, daß General Guillaumet, der Nachfolger des Generals Sarrail, ihn vorbereitet.

„Eine ungeheure Prestellei.“

Entwässerungen über die französisch-russische Allianz. WTB Bern, 29. Sept. Die kirchliche Interpellation des sozialistischen Deputierten Jean Bon über das neue französische Gebot, betreffend die französisch-russische Allianz liefert einen interessanten Beleg für den Wert der amtlichen französischen Dokumente. Jean Bon beschwerte sich laut „Recht Parisien“ bitter über die Art der Veröffentlichung, es seien nämlich Auslassungen vorgenommen worden, so wie die in der Sitzung der Entente-Einleitung einer Debatte in der Kammer sei notwendig, um Klarheit über jene ungeheure Prestellei der russischen Allianz zu schaffen. Das am Ende des Bundes wiederergebene Gesamtabkommen vom 15. bis 27. August 1891 könne nicht als Bündnisvertrag betrachtet werden. Es erklärten mehrere Abgeordnete vornehmlich jene, die anfänglich der Petersburger Seite Poincarés und Vivianis im Jahre 1914 abgelehnt wurden.

Ein finnischer Verfassungsentwurf.

WTB Helsinki, 29. Sept. Der von der Regierung erstere vorzulegende Verfassungsentwurf bezieht u. a. die Bestimmung des früheren Vertrages, das Mindestalter der Weisheit mit 18 Jahren einzutreten und das Verbot von Verfassungsänderungen während eines Interregnum; dem Recht der Krone, Einnahmen und Ausgaben verbindlich zu beschließen, wenn der Staatshaushalt nicht vor Beginn des Rechnungsjahres vom Landtag festgelegt ist, werden neue Grenzen gezogen. Dagegen heißt es in dem ursprünglichen Entwurf vorgezogene absolute Vetorecht der Reichstagsmitglieder, der Landesverteilung und Frage der Kronlohnabgabe unanwendbar. Dem ihm eigenen Volkselement wird dadurch entgegengekommen, daß die Sprachparagrafen in ihrer ersten für die Schweden günstigen Fassung wieder eingeleitet werden. Das nächste Plenum des Landtages findet Dienstag, den 1. Oktober, statt. Es wird angenommen, daß die Verhandlungen der Krone mindestens zwei Wochen in Vorzug nehmen und die Königswahl um ebensolche Zeit verabschiedet wird.

Die Minengefahr.

WTB Berlin, 30. September. Schwedische Zeitungen berichten in vorwurfsförmiger gegen Deutschland gerichteter Tone, daß der gefürchtete schwedische Dampfer „Gambold“ durch die Paul de Witts vernichtet worden sei. Die der schwedische Gesandte in Stockholm im Juni 1918 erklärte, die „Gambold“ Engländer damit zu bezeichnen, das Rattenpatent der „Gambold“ zu überlassen. Erst daraufhin war Deutschland zu dem Entzogen der Gegenmaßnahmen gezwungen. „Gambold“ ist ein freies Gewässer der Minenflotten vorrangig, ein Handel mit dem beim Jaiber in minen verarbeiteten Guanoen hier gerechnet werden darf. Ob es sich in diesem Falle um eine veranfertete ober treibende Mine handelte, ist nicht gemeldet.

Deutsches Reich.

Breiwiliges Krankenpflege.

Wie wir hören, sind vom Kriegsministerium dem freiwillig im Besonderen dienende tätigen weiblichen Pflegepersonal in weitgehender Weise Mittel zum Durchhalten in der Verwendung für kurze Bewilligt worden. Vom 21. September 1918 ab erhalten sämtliche Krankenpflegerinnen auf dem Kriegsschauplatz eine monatliche Lohn von 120 Mark. Die weiblichen Pflegepersonal in den genannten Kategorien erhält eine Monatsvergütung bis zu 90 Mark. Schwereberufenen bestanden vom 1. Tage ihrer Ausbildung an ein Lohngehalt von monatlich 100 Mark. Außerdem können dem genannten Pflegepersonal außer den bisherigen Besalären freie Bekleidung, freie Unterkunft und freie Verpflegung gewährt werden. Hierdurch wird selbst unbemittelten Frauen ermöglicht, nicht nur in dem ihnen selbstgewählten idealen Beruf auszuhalten, sondern auch einem langgehebrachten Beruf zu folgen und sich eine

lostenlose Ausübung zu verschaffen. Dessenfalls wird sich die mancher Schwelger, die aus sentimentalen Gründen freiwillig ausgedient war, dem Wilsesbezug wieder ausgeben.

Sindenburg und Lubendorf in Ostpreußen.
Lubau, 20. Sept. In dem im Kreis Lubau gelegenen, 18 Km. langen großen Friedberggraben, einer Fährstraße des Sinnenoffenbacher Kreisgraben-Alt-Stück, hatten sich im August 1914 die Russen festgesetzt und hier durch zahlreiche Brandbeunruhigungen und durch unruhigende Vorfälle in der bekannten Weise schaukelnd. Durch den Sieg bei Tannenberg wurden sie dann zum Abzuge gezwungen. Sie sind bei verschiedenen, an dem wichtigen Wasserwege sich befindlichen Ortshäusern vor der günstigen Zeit zurückgezogen. Um das Gedächtnis der beiden Vorkämpfer Ostpreußens dauernd mit dieser Gegend zu verbinden, wurde kürzlich beschlossen, die Namen zweier am Friedberggraben gelegenen gleichnamigen Ortsteile nach Sindenburg und Lubendorf zu benennen. Nachdem die beiden Feldherren und der Landrat des Kreises ihre Zustimmung zu der Namensänderung erklärt hatten, ist nunmehr durch Verwaltungs-Erlaß vom 9. 8. genehmigt worden, daß die Landgemeinde Groß-Friedberggraben I den Namen Sindenburg und die Landgemeinde Groß-Friedberggraben II den Namen Lubendorf erhält.

Ausland.

Widmung eines polnischen Heeres.

Warschau, 20. September. Die polnische Staatszeitung „Monitor Polski“ und andere Blätter bringen einen vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Landwirtschaftsminister Dzierzicki und dem Direktor des Heeresauschusses Prinzen Franz Josef Rad, imml unterzeichneten Antrag zum Eintritt ins polnische Heer, in dem es unter Aufzählung der formalen Bedingungen u. a. heißt: Von der Voraussetzung ausgehend, daß das Heer die umfangreichste Grundanlage und die weitestgehende Bekämpfung für den Aufbau des polnischen Staates bildet, erachtet die polnische Regierung die Erhaltung und Verklärung der bestehenden Kadres des polnischen Heeres für eine ihrer Hauptaufgaben. Bevor die Umstände eintreten, welche die Bildung des Heeres im Wege der allgemeinen Dienstpflicht ermöglichen, ruft die königlich polnische Regierung freiwillig zum Eintritt in die Reihen des polnischen Heeres auf.

Wie Italien die Tschecho-Slowaken behandelt.

Wien, 20. September. Die Blätter melden: Die tschecho-slowakischen Regimenter in Italien werden auf recht eigenartige Art von der Front in ihr Vaterland zurückgehalten. Es wird ihnen eingeschickt, sie werden bei mäßigem Fluß oder bei neuerlicher Gefangenahme durch die Italiener als Elbdrücke oder Detachements der tschecho-slowakischen Legion der Tobesfront. Solch eine Drohung stellt eine direkt grobste Kränklichkeit dar. Der Italiener fordert zuerst für jene Vertreter, die die Fahne ihres Vaterlandes vor sich haben und im feindlichen Heere gegen ihre eigenen Kameraden kämpfen, Strafflosigkeit und droht dann denselben Uebelthäter Tobesfront an, wenn sie zu ihrer beschworenen Pflicht zurückkehren. Dieses Vorgehen, durch das je nach Bedarf Recht zum Unrecht und Unrecht zum Recht gemacht wird, stellt wohl den Gipfel krassester Willkür und rechtslosen Untergrabens auch des primitivsten Rechts- und Ehrbegriffs dar.

Halle und Umgebung.

Halle, den 1. Oktober 1918.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 30. September 1918.

Am Vorsitzende die Herren Stadtverordneten-Vorsteher Geheimer Ratrat Dr. Keil und Eisenbahndirektor Rechnungsrat Borchert. Schriftführer: Herr St. W. 3. 1. 1.

Ergebnisse sind Eingaben gegen die Errichtung der Oberreal- und des Weinbergs vom Hans- und Grundbesitzerverein Halle-Vord und vom Allgemeinen Bäuerverein für hiesige Interessen. Ueber beide Eingänge soll bei der 2. Sitzung der Vorlage über den Neubau einer Oberrealschule mit verhandelt werden.

Die Verammlung tritt hierauf in die Beratung der Tagesordnung ein.

Das Glück der andern.

Original-Roman von Erich Ebenstein.

51. Fortsetzung.

Stückdruck verboten.

XXII.

Unter den Kastanien hatte man Windlichter angezündet und plauderte gemächlich. An Helmfranz dachte niemand. Es war ja auch Mondbesicht zu erwarten, und die Herren hatten vorhin von einem kleinen Spielchen gesprochen, woraus die Gräfin Sanderbek den richtigen Schluß gezogen und der Köchin heimlich hatte sagen lassen, daß für ein Abendessen Sorge zu tragen sei.

Harald Wollers wartete nur, bis die alten Herren in Politik, die Damen in Klatsch festgelegt waren, dann ließ er Magnus heimlich an und schlug ihm vor, sich im Park, „ein blühendes Bewegung zu machen.“

„Raum waren hier aber außer Hörweite, als er stehen blieb und Magnus am Stockposten festhielt, eine Gewohnheit, die er schon als Knabe hatte, wenn er etwas besonders Wichtiges mitteilen wollte.“

„Du hast doch verstanden, daß es nur ein Vorwand war? Ich mache mir gar nichts aus Sozialerwegen, aber mein Herz muß sich dir endlich ausschütten und deinen Rat erbitten.“

„Magnus erriet sofort, was nun kommen würde. Ein Zug peinigter, innerer Qual plitt über sein Gesicht.“

„Warum gerade mir? Ich habe gar kein Talent zum Ratgeber für — Verleib! Und darum handelt es sich ja wohl! Bei dir.“

„Warst du. Du hast ganz richtig geraten. Aber du müßtest ja auch fähig werden, wie wahrscheinlich verriet ich in Modestia heimlich ein Wunder, nicht? Denn du weißt, daß ich nie heiraten, sondern, von Lante Lulise bestirnt, immer nur der Wissenschaft leben wollte. Die meisten Frauen sind ja auch so heimat- und uninteressant. Sie haben weder noch noch Ziele. Aber mit Modestia ist das nun anders — du hastst ganz recht mit allem, was du mit dem meinst zuerst von ihr erzählt, und daß du mich bräutest, nach Kettengewebe zu kommen. Nicht, der ich sonst Gesellschaften hob! Ich vermisse jetzt, du tatest es damals schon nicht ohne

Ueber die Verteilung der Zinsen des Fonds für vorzubehaltende Armenpflege berichtet Herr Stv. Kühme. Die Verammlung stimmt zu, daß die im Rechnungsjahre 1918 aufkommenden Zinsen des Fonds für vorzubehaltende Armenpflege von rund 1600 Mk. der Armenverwaltung zur Verwendung als einmalige Unterstüßungen außerhalb des Rahmens der öffentlichen Armenpflege überwiesen werden. Der Fonds für vorzubehaltende Armenpflege beträgt nach dem Kennwerte zuzüglich 41.472 Mk. Infolge der langen Kriegsdauer sind die Stiftungsobjekte der Armenverwaltung abnehmend stark in Anspruch genommen, und es erfolgt auch mehrmals die Zinsen des Fonds auch in diesem Jahre nicht zu entlasten, sondern in der vom Magistrat vorgeschlagenen Weise verwenden zu lassen.

Ebenfalls wird der Antrag auf Landermehr an der Größwitzer Straße genehmigt. Der Richter Herr Stv. Emmert teilt nach der Vorlage mit, daß bei den Verhandlungen des Haushaltsauschusses über den Kauf des Grundstückes G r u n d s t ü c k s der Wunsch geäußert worden ist, das im Jahre 1899 mit einer Wachehalle bebaut, vom Kreisauschuss des Gauleiters für Schankwirtschaft konzedierte Grundstück Größwitzer Straße 23 zu erwerben. Die Verhandlungen sind feierlich nicht zu abgeschlossen gekommen, ein im Jahre 1900 von dem Eigentümer gemachtes Angebot, das Grundstück einschließlich der Bauten zum Preise von 12.500 Mk. zu verkaufen, ist damals vom Haushaltsauschuss angenommen, von der Verammlung aber abgelehnt worden. Die Verleittung der der Umgebung der Vergleichen und des Brückenpfluges stark vernünftigen Kaufpreisen ist um des Stadt- und Straßensbildes willen dringend erwünscht. Die mit dem Eigentümer geführten Verhandlungen haben jetzt dazu geführt, daß er das 149. A. m. große Grundstück zum Preise von 2000 Mk. anbietet. Von den 149 A. m. fallen 27 A. m. zur Straße und müssen über kurz oder lang unter allen Umständen von der Stadt erworben werden. Bereits im Jahre 1903 hat die Stadt an den Eigentümer des Grundstückes für ebenfalls an der Größwitzer Straße gelegenes Grundstück 20 A. m. Quadratmeter gezahlt, ebenso im Jahre 1912 an den Landwirt Winter für Straßengrund an derselben Straße 16,64 A. m. Quadratmeter bewilligt worden. Wenn nun jetzt die gesamte Fläche für etwa 13,40 A. m. je Quadratmeter angeboten wird, so ist dieses Angebot als durchaus günstig zu bezeichnen. Die Erwerbskosten werden aus der Anleihe von 1910 bewilligt.

Weiter wird nach dem Magistratsantrage die K e r p a c h t u n g s P l a n e s 103 an den Landwirt K. Kufhe hier zum Preise von 80 Mk. je Morgen jährlich für die Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 30. September 1921 beschlossen. (Richter Herr Stv. B e r g h a u s.)

Die Errichtung einer Trockenanlage für Röhrenabfälle.

wird von den Berichterstatter Herr Stv. Kallmeyer und G r a d e h a n d b e f u r w o r t e t.

Der wesentliche Inhalt der Magistratsvorlage ist folgender: Die außerordentliche Anwesenheit an allen Zuträgemitteln hat die Erhaltung unserer Wirtschaften sehr erschwert. Unter dem Druck dieser Verhältnisse hat man sich in Deutschland endlich entschlossen, u. a. auch die bisher als wertlos nicht betrachteten Röhrenabfälle in großem Umfange zu sammeln und zu Zuträgern zu vermerken. Wenn diese Abfälle auch schon früher in richtigem Zustande zum Teil verwertet worden sind, so war dies doch im Verhältnis zu der Gesamtmenge des Abfalls nur äußerst gering. Eine Verwertung in großem Umfange ist früher in der Hauptsache wegen der leichten Verwertbarkeit unterblieben. Ein Verlust durch Verderben von Zuträgern muß aber unter den heutigen schwierigen Verhältnissen unter allen Umständen vermieden werden. Der einfachste und beste Weg zur Vermeidung dieser Verluste ist der der Trocknung. Ordnungsmäßig getrocknete Stoffe verlieren durch die Trocknung weder an Gehalt noch Geschmack, werden von den Tieren gern genommen und sind sehr leicht haltbar. Die von der Stadt in Gemeinschaft mit dem S t a d t l i c h e n S a u b e r u n g s u n d S t r a ß e n h e i l i g k e i t S e n a t u n g a u s B e r m e r u n g d e r R ö h r e n a b f ä l l e hat sich im Laufe der Zeit trotz vieler unangünstiger Umstände recht gut bewährt. Während sich in den ersten 5 Jahren des Jahres 1917 nur etwa 200 Zentner in der Woche gesammelt wurden, stellt sich das Sammelergebnis im Jahre 1918 durchschnittlich auf 700 Zentner je Woche.

Die historische Verwertung des Sammelerats hat sich aber nicht besonders bewährt. Bei dem früheren Mangel an Trocknungsanlagen in der Stadt war die Stadt gezwungen, die gesammelten Röhrenabfälle in einer auswärtigen Fabrik trocken zu lassen. Hierbei war es, da ebenfalls eine möglichst vollständige Ausnutzung der Eisenabwässer gefordert wird, nicht

möglich, ... Er lagte begablich und ließ Magnus überhört an. „Du wollest uns zusammenbringen, weil du gleich abhört, daß wir füreinander paßten! Du — habe ich nicht recht?“

„Magnus nickte stumm. Der andere hatte ja recht ... es hatte eine solche Zeit gegeben ...“

„Nun und jetzt bist du so weit“, fuhr Harald fort. „Das heißt, ich habe mich entschlossen, ihr meine Hand zu bieten und sie zur Herrin auf Schönau zu machen. Lante Lulise ist einverstanden. Sie meint auch, es ist doch besser, zu heiraten, als immer nur allein nach den Sternen zu lauern — zu zweien wird das auch viel interessanter sein!“

„Magnus hügte eine plötzliche Rot in sich aufsteigen.“

„Du redest immer nur von mir“, sagte er höhnlich. „Weißt du denn überhaupt, ob sie dich mag?“ Harald lächelte ihm verschlüsselt an.

„Modestia? Ja! Ich hoffe es! Sie war immer lieb und gut mit mir und zeigte lo viel Interesse für meine Lieblingsbeschäftigung. Du hättest sie nur sehen sollen. Damals, als ich ihr den Wurz durch das Fernrohr zeigte und ihr einiges von seiner Besonderheit erklärte! Ihr süßes Kinder-geklatschen leuchtete förmlich — o ja, gemiß wird sie mich wollen.“

„Sie sagte mir einmal, daß sie nie heiraten werde.“

„Dah — das lagten alle Mädchen.“

„Modestia ist nicht wie alle Mädchen!“

„Warum sagst du das so häufig? Warum bist du überhaupt so kurz angebunden, dich uninteressant zu mir, Magnus?“

„Ich? Du träumst!“

„Nein. Schon seit einiger Zeit fällt es mir auf. Ist es dir vielleicht nicht recht, daß ich mich um deine Schwägerin bemerke?“

„Magnus lachte unnatürlich laut auf.“

„Du bist nicht bei Trost, mein guter Harald! Was geht es mich überhaupt an? Wenn sie mich will, heirate sie doch — meinen Gegenpart du.“

zu vermeiden, daß die Abfälle häufiger schon lange faulen müßten, ein Teil davon auch durch die bei den Trocknungsarbeiten eintretende Feuchtigkeit in der Trocknungszeit sich auch nicht leicht verarbeitbar, weil bei der Art der Anlage stets erst eine große Menge von Wasser vorhanden sein muß, bis die Trocknung erfolgen kann. Ausfalls aber dieser Umstände war man sich bei der Beschaffung der Trocknungsanlage durch die Verammlung sehr genau bewußt. Die Trocknung durch kleine Betriebe zu angemessenen Preisen und Bedingungen zu erreichen, waren erfolglos; der Magistrat hat sich daher im Interesse der möglichst zweckmäßigen und rechten Ausnutzung der Röhrenabfälle entschieden, eine eigene Trocknungsanlage zu errichten. Erst wenn die Trocknung am Orte möglich ist, wird erreicht werden, daß die Abfälle sofort nach der Sammlung in solchen Zustände verarbeitet werden und alle Währstoffe erhalten bleiben.

Von Anfang Januar bis Ende Juli d. J. sind hier rund 2000 Zentner Abfälle gesammelt und aus ihnen etwa 2000 Ztr. Kraftfutter gemolken worden, die restlos an die Zuträger für Viehwirtschaft verkauft worden sind. Trotz der inolge des Transports nach und von der überhalb gelegenen Trocknungsanlage und der Abfuhr des fertigen Futters von der Bahn ließ hohen Bedarf an Kraftfutter bestehen. Der Preis für ein Zentner durchschnittlich 30 Mk. je Zentner ist der Futter von dem Zuträger gern genommen worden. — Infolge der Verarbeitung am Orte und sofort nach der Sammlung werden wertvolle Erzeugnisse, eines noch höhere Ausbeute und vor allem auch ein bedeutend besserer Produkt erzielt werden. Selbst im Falle eines Preisrückfalls ist die Trocknung des Abfalls für die Zuträger noch sehr lange Zeit abzuwenden, so daß — die Anlage noch nicht ausgenutzt werden wird. Im Interesse der der nächsten Anlage nicht nur Abfälle, sondern die möglichen anderen Futtermittel, wie z. B. Futterrüben, Röhrenabfälle wird getrocknet werden. In die Verleittung kann auch, wenn etwas später die Trocknung von Futtermitteln nicht mehr in Frage kommen sollte, zur Trocknung von Gemäsen — es liegt hier nur an dem großen Bedarf von Trockengemäsen in den südlichen Anhalten erinnert — verwendet werden.

Genau ist die Errichtung einer Bierselbhadare, sowie auch die nötigen Hilfsanlagen zum Waschen, Zerleiten und Verarbeiten des Roh- und Trockengutes kommen. Der Neubau kann auf höchstem Grund und Boden an abgelegener Stelle, wo keine Belästigung ausgeschlossen ist, in zweckmäßiger Weise errichtet werden und sofort fertig, wenn etwa die Trockenanlage vollständig fertiggestellt werden sollte, nach ihrer Abgabe etwa für die Dachabwasseranlage verwendet werden. Als Bauplatz ist noch lannen Verhandlungen, und nachdem die Benutzung eines Platzes im südlichen Elektrizitätsamt aus Sicherheitsgründen von dem Ratortium abgelehnt worden ist, der Steinlagerplatz in Aussicht genommen worden.

Die Kosten der ganzen Anlage — nach dem Magistratsantrag 64.000 Mk. — werden durch die Abgabe des erzielten Trockenproduktes reichlich verzinnt und in kurzer Zeit getilgt.

Ohne weitere Ausprache wird der Vorlage zugestimmt. Der Herr Vorsitzende teilt zwei neue Eingänge mit, die in einer der nächsten Sitzungen behandelt werden sollen. Herr Stv. H e r z b u r g und 13 Genossen betragen, zu beschließen:

„Die Stadterordnetenversammlung richtet an den Magistrat das Ersuchen, bei den zentralen Ernährungsbehörden, sowie bei der Polizei und Staatsregierung dafür einzutreten, daß für die hiesige Bevölkerung fleischliche Wäden im Winter nicht angeordnet werden oder doch wenigstens eine Erhöhung der Fettstoffmenge sich nicht umgehen läßt.“

Herr Stv. S c h a r t m a n n richtet die Anfrage an den Magistrat: „Wie lange geduldet der Magistrat die Gaspreise aufrechterhalten?“

Leuerungszusage für die hiesigen Beamten und Angestellten.

Der Magistrat beantragt, 1. den Magistratsbeamten, ins die beschäftigten Angestellten, 2. den Lehrern, 3. den Lehrlingen und Lehrern und 4. den hiesigen, Mittels und Hochschulen wird, jeweils sich nicht im Herrensdiens zu finden, eine einmalige Kriegsteuerungszusage nach dem hiesigen Grundbesitz bewilligt. Die Zulage beträgt demnach für kinderlos Verheiratete mindestens 500 Mk., höchsten jedoch 1000 Mk. und setzt sich zusammen aus einem Grundbetrag von 250 Mk. und einem Monatsgehalt — ausschließlich Wohnungsgeldzuschuß und nicht rüchgebührender Zulagen. Daneben erhalten Verheiratete mit Kindern für jedes Kind die es unterhalten müssen, weil es sich noch in der Schul- oder Berufsausbildung befindet oder aus anderen wichtigen

Gründen. Es gelang mir bisher nie. Sie ist so schön! Aber heute — wenn Sie mich treffen und Sie stehen rüber und zu 3. B. nachhaken würden, daß wir drei auf die Terrasse gingen und du entferntest dich, aber mit einem Vorwand nach Hause, ich würde dir diesen Freundchaftsbrief nicht verzeihen!“

„Magnus war stehen geblieben, als habe sich ein Abgrund vor ihm aufgetan.“

„Heute schon! ... Heute! dachte er, während sein Herz fieberhaft klopfte. Und ich soll ihm die Belegenheit schaffen — ich, der ich Modestia liebte!“

„Es lief ihm eilig durch den Leib und gleich darauf glühte seine Stirn wie in Fieberhitze.“

„Auch ich das weißt du? Mißt es keinen Vorwand, es abzuwehren — Zeit zu gewinnen — die Entscheidung hinauszuschieben?“

„Aber was? Würde es denn je leichter dadurch? Und Zeit gewinnen — wozu? Es konnte sich ja doch nichts mehr ändern!“

„Nichtlich würde er sogar ruhiger werden, wenn der Würfel gefallen war.“

„Nun — willst du, Magnus“, drängte Harald.

„Ja. Wenn es geht ...“ murmelte er heiser.

„Sie kehrten um, denn es war nun auch hier draußen zwischen den Reihenplätzen dunkel geworden. Der Tisch unter den Kastanien hand verließen im Schein eines einzigen Windlichtes.“

Die Herrschaften hätten sich bereits in den Gesellschaften gegeben, sagte ein Diener, der eben kam, am das Tischsgang weggenommen.

Grundbesitzer und Goldbesitzer fragen dabei adhtlos zu Boden. Magnus hügte sich und hob verächtlich eine gelbes Kleidungsstück auf und schob es in die Tasche.

Die Wölfe er sich aufpassen. Zum Erwidern an die seine weiße Kinderhand ... die morgen vielleicht schon Wölfe gehörte.

Im Salon wurde musiziert. Die Gräfin Sanderbek spielte Wagner. Das Orchester von Eisenbahnen über die seine Stimme ... Harald summte die Modestia mit, als sie eintraten. Eine Viertelstunde später wurde zu Tisch gebeten. (Fortsetzung folgt.)

